BANKEN

Eichel drängt auf innerdeutsche Fusionen

Bundesfinanzminister Hans Eichel hat führende deutsche Banken aufgefordert, untereinander zu fusionieren – um die Krise des Gewerbes zu beenden. Im Anschluss an die so genannte Bristol-Runde, einem regelmäßigen Meinungsaustausch führender Finanzmanager, hatte der Politiker kürzlich die Vorstandschefs Josef Ackermann (Deutsche Bank), Klaus-Peter Müller (Commerzbank), Herbert Walter (Dresdner Bank) und Dieter Rampl (HypoVereinsbank) zu einem separaten Gespräch gebeten. Eichel zeigte sich dabei in großer Sorge, dass deutsche Großbanken von ausländischen Konkurrenten übernommen werden könnten. Auch aus wirtschaftspolitischen Gründen sei eine Konsolidierung notwendig, sagte der Minister. Schließlich könnten die Institute mittelständische Unternehmen nicht mit der nötigen Liquidität versorgen. Die entsprechenden Institute sind seither wieder in Sondierungsgesprächen über mögliche Zusammenschlüsse. Eichel hat den Bankern zugesagt, auch selbst mit Gesetzesinitiativen zur Stärkung des Finanzplatzes beizutragen. So sollen einem internen Positionspapier zufolge alle „unbegrenzt steuerpflichtigen Privatpersonen zwischen 16 und 65 Jahren“ die staatlich geförderte und künftig vereinfachte Altersvorsorge (Riester-Rente) in Anspruch nehmen können. Außerdem will der Minister den Immobilienmarkt stärken. Unternehmen sollen bei „konzerninternen Transaktionen“ keine Grunderwerbsteuer mehr zahlen.

THOMAS PFLAUM / VISUM

Frankfurter Banken-Skyline

ENERGIE

E.on erhöht Preise

Noch vor der geplanten Einführung einer Regulierungsbehörde für Energie im Sommer nächsten Jahres hebt E.on die Preise für die Nutzung seiner Stromnetze noch einmal kräftig an. Wie aus internen Schreiben des Düsseldorfer Konzerns hervorgeht, müssen sich Wettbewerber ab Januar 2004 auf teilweise mehr als zehn Prozent höhere Gebühren für die Durchleitung von Strom durch E.on-Netze einstellen. Damit ist eine weitere Anhebung der Strompreise auch für Endverbraucher sehr wahrscheinlich geworden. Begründet wird die Preiserhöhung von E.on mit dem drastisch gestiegenen Bedarf an „Ausgleichsenergie durch den Zubau von Windkraftanlagen“. Tatsächlich müssen Netzbetreiber an Tagen mit geringen Windstärken die ausfallende Ökostrommenge durch die Bereitstellung von konventioneller Energie ausgleichen. Trotzdem ist die Argumentation für Wettbewerber des Strommultis kaum nachvollziehbar. Im europäischen Vergleich fordern deutsche Stromkonzerne schon jetzt mit die höchsten Durchleitungsgebühren.

CHRISTOF STACHE / AP

Windräder

PROZESSE

Esser befreit KPMG von Schweigepflicht

Ausgerechnet Ex-Mannesmann-Chef Klaus Esser hat die Düsseldorfer Staatsanwaltschaft vor einem möglichen Rückschlag in dem am 21. Januar beginnenden Mannesmann-Prozess bewahrt. Vergangene Woche befreite Esser die Wirtschaftsprüfer von KPMG in vollem Umfang von ihrer Verschwiegenheitspflicht. Damit können die drei von der Staatsanwaltschaft als Hauptbelastungszeugen benannten KPMG-Prüfer in dem Strafprozess gegen Esser, Deutsche-Bank-Chef Josef Ackermann und den ehemaligen IG-Metall-Vorsitzenden Klaus Zwickel aussagen. Essers Genehmigung war eine wochenlange Zitterpartie in der Justiz vorangegangen. Völlig überraschend hatte die KPMG beteiligten Anwälten angedeutet, dass sie in dem Prozess von ihrem Zeugnisverweigerungsrecht Gebrauch machen werde. Als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, so die Argumentation, unterliege man gegenüber dem ehemaligen Vorstand einer Verschwiegenheitspflicht, die nach jüngster Rechtsprechung nur von Esser persönlich aufgehoben werden könne. Eine fatale Situation für die Ermittler. Denn zentrale Vorwürfe ihrer 460-seitigen Anklageschrift basieren auf Angaben, die KPMG-Mitarbeiter im Laufe des Ermittlungsverfahrens vor der Staatsanwaltschaft in Düsseldorf gemacht haben (SPIEGEL 34/2003). Ohne weitere Aussagen der Wirtschaftsprüfer vor Gericht hätten die umfangreichen Vernehmungsprotokolle nach Ansicht hochrangiger Juristen jedoch wenig Beweiswert gehabt.

FRANK DARCHINGER

Esser